

Chancen der Selbstbehauptung

Autor(en): **Kägi, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **61 (1969)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354401>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 9 - SEPTEMBER 1969 - 61. JAHRGANG

Chancen der Selbstbehauptung¹

Die Schweiz ist keine Selbstverständlichkeit mehr. In Wirklichkeit war sie überhaupt nie eine Selbstverständlichkeit. Aber in den letzten beiden Jahrzehnten gewöhnten wir uns daran, ihre Existenz für selbstverständlich zu halten. Sie ist es nicht.

Wie die Erfahrung lehrt, ist es verhältnismässig einfach, in Zeiten sichtbarer äusserer Bedrohung die innere Geschlossenheit herzustellen und damit die unerlässliche Voraussetzung für die Selbstbehauptung zu schaffen. Das war trotz ernsten Belastungsproben während des Zweiten Weltkrieges so. Das war auch noch in den Jahren des sogenannten Kalten Krieges so. Die Abwehr der äusseren Gefahr, welche die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung als solche erkannte und empfand, war Grundlage unseres Nationalgefühls.

Seit dem Augenblick, da die äussere Bedrohung nicht mehr so sichtbar und vielleicht auch nicht mehr so akut ist, geriet unsere innere Front ins Wanken. Die möglicherweise etwas verkrampfte Abwehrstellung machte einer geistig-politischen Leere Platz. Allgemeine Unsicherheit begann um sich zu greifen, nachdem man früher sogar der Versuchung erlegen war, die äussere Bedrohung zu übertreiben, um die innere Geschlossenheit retten zu können. In jüngster Zeit erleben wir in manchen Bereichen einen offensichtlichen Zerfall der politischen Autorität, der eigentlich niemandem gleichgültig sein sollte.

Die geistig-politische Abwehrfront aus der Zeit des Kalten Krieges, die ihrerseits wenigstens zum Teil eine Erbschaft der Widerstandsperiode gegen den Nationalsozialismus war, ist ziemlich vollständig zusammengebrochen. Nichts hat bisher den verwaisten Platz eingenommen.

Der Zusammenbruch unserer Abwehrpsychologie

der fünfziger Jahre hat ein Vakuum hinterlassen, in welches alle möglichen Schlagworte ziemlich ungehemmt einströmen. Bisher hat

¹ Vortrag, gehalten am Informationskurs Heer und Haus, Gz Br und Fest Br 13, von 7. und 13. Juni 1969.

sich dieser Zusammenbruch wohl störend, aber nicht katastrophal ausgewirkt, weil uns in diesem Fall das Gesetz der politischen Trägheit gestattete, die um sich greifende Unsicherheit zu überspielen, zu übertünchen; und weil wir in dieser Zeit keiner wirklich ernsthaften Belastungsprobe ausgesetzt waren. Wir spüren und haben erfahren, dass wir unsere Selbstbehauptung nicht mehr ganz oder auch nur zu einem wesentlichen Teil auf Abwehrreflexen aufbauen können; das hat ohnehin den grossen Nachteil, dass das innenpolitische Klima allzusehr von den Wechselfällen der internationalen Witterung abhängig ist. Phasen der Entspannung bewirken innenpolitische Erschlaffung und Zerfahrenheit, Phasen der Spannung erzeugen unter Umständen Panik und Hysterie. Deshalb sollten wir inskünftig vermeiden, unser seelisches Gleichgewicht vom Ausmass der kommunistischen Bedrohung abhängig zu machen.

Mir scheint aber, dass uns eine Doktrin der Selbstbehauptung, die ohne einen personifizierten Feind auskommt, noch weitgehend fehlt. Heute brauchen wir dringend eine solche Doktrin des gesunden Selbstbewusstseins. Sie sollte uns davon überzeugen, dass wir uns für unser Dasein – vielleicht auch für unser Anderssein – niemandem gegenüber zu entschuldigen brauchen; dass sich die Existenz unseres Landes ganz einfach aus dem Willen seiner Bevölkerung herleitet, Schweizer zu bleiben.

Für die Zwecke unseres gemeinsamen geistigen Manövers schlage ich vor, die Möglichkeit gegenwärtiger oder künftiger militärischer Bedrohung für einmal völlig ausser acht zu lassen, nicht weil ich solche Bedrohungen in Abrede stellen möchte, sondern weil ich überzeugt bin, dass die Existenz der Schweiz auch dann – oder sogar besonders dann –, wenn keine fremde Macht irgendwelche Eroberungsgelüste hat, nicht oder nicht mehr selbstverständlich ist. Alle unsere Vorkehrungen sind auf den Fall zugeschnitten, dass an unseren Grenzen der Feind auftauchen könnte. Darauf sind wir vermutlich nicht schlecht vorbereitet. Wir sind aber recht hilflos, wenn der Feind nicht – auch morgen oder übermorgen nicht – auftaucht. Deshalb ist es zwecks geistigen Trainings nützlich, so zu tun, als ob wir für lange Zeit in tiefstem Frieden lebten, was ja auch unser grösster Wunsch ist.

Selbstbehauptung im Frieden

In dieser dringend notwendigen Denkübung liegt die ungeheure Chance, die schweizerische Existenz eben nicht mehr aus einem Antireflex heraus, sondern als positives Recht auf unser Dasein für uns und wahrscheinlich auch für Europa zu begreifen. Wir müssen uns also auch im Falle eines dauerhaften Friedens in Europa – er war immerhin allen Krisen zum Trotz im vergangenen Vierteljahrhundert Tatsache – mit den Chancen unserer Selbstbehauptung auseinandersetzen. Denn die Existenz der Schweiz wird nicht nur im

Falle eines möglichen militärischen Angriffes in Frage gestellt, sondern auch und vor allem dann, wenn es nie zu einem solchen kommt.

Wir müssen uns schlüssig werden, ob wir uns überhaupt behaupten wollen, d. h. ob wir eine staatliche, sich in Freiheit selbst verwal- tende Gemeinschaft bleiben wollen und können. Wir brauchen eine klare Antwort für uns selbst, denn die blossе Wiederholung überlie- ferter, angelernter Gewissheiten vermag unsere innere Unsicherheit nicht mehr zu verbergen. Wir brauchen eine klare Antwort auch, um das Gespräch mit der jungen Generation führen zu können, denn es ist aussichtslos, unsere eigenen Zweifel mit lauter Stimme übertö- nen zu wollen. So entstehen nämlich die falschen Töne, die unwei- gerlich zum Widerspruch reizen. Ueberall spürt man die ausgespro- chene oder latente Frage: Wozu auch noch Schweiz sein wollen? Lohnt sich die Anstrengung? Sollten wir nach Perioden erzwunge- ner oder selbstgewählter Abkapselung nicht endlich «in Europa auf- gehen», wie eine zwar etwas unpräzise, aber recht verbreitete Redensart meint? Sind wir nicht sowieso dazu verurteilt, schon bald zu einem abhängigen Teilstaat zu werden, wie kürzlich fast ge- nüsslich in einer Zeitung mit sehr grosser Auflage geschrieben wurde?

Diese unüberhörbare Fragestellung ist zweifellos *auch* Bestandteil der Unruhe unserer Jugend. Liegt sie nicht den höhnischen Angrif- fen auf unsere angebliche Rückständigkeit, unsere verknöcherte, hoffnungslos überholte Ordnung zugrunde? Zeigt sich in dieser Un- ruhe nicht der Unglaube an die Fähigkeit des demokratischen Klein- staates, der Herausforderung der Zeit gewachsen zu sein? Spürt man nicht häufig geradezu Schadenfreude statt Sorge über unsere Schwierigkeiten und Nöte?

Wir können solche Fragen, Zweifel und Stimmungen in und um uns nicht verdrängen oder gar unterdrücken. Wir sollten vielmehr versuchen, das Abenteuer Schweiz – oder auch sein Ende – in die kommenden Jahrzehnte hinein weiterzudenken.

Experiment Schweiz fortsetzen?

Wir müssen die Jungen an unseren Zweifeln und Gedanken teilha- ben lassen und gemeinsam um eine neue Klarheit ringen. Ich glaube, dass wir es wagen müssen, uns und den Jungen einzugestehen, dass die Schweiz keine Selbstverständlichkeit ist; und dass wir alle uns mit der brutalen Frage auseinandersetzen müssen: Wollen wir das Experiment Schweiz fortsetzen, ja oder nein? Wissen wir, was unser Nein, wissen wir, was unser Ja kostet? Entscheidend ist, dass wir uns zu einer eindeutigen Antwort durchringen und entschlossen sind, in beiden Fällen die Konsequenzen auf uns zu nehmen.

Sollte die junge Generation in voller Kenntnis der Kosten mit Nein antworten, wäre es ziemlich aussichtslos, von ihr die Anstren-

gungen zu fordern, die das Ja bedingt. Antwortet sie hingegen in vollem Bewusstsein mit Ja, *hat* die Schweiz eine Zukunft, auch wenn diese wahrscheinlich ziemlich anders aussieht, als wir sie uns zurzeit vorstellen.

Warum ist die Schweiz keine Selbstverständlichkeit mehr?

1. Ihr technisch-wirtschaftliches Potential ist im erbarmungslosen Wettlauf mit den Grossmächten sehr klein; unser Land steht deshalb – wie alle kleineren Länder – in Gefahr, zu einer blossen Filiale besonders dynamischer Weltkonzerne zu werden. Der Verlust unserer wirtschaftlichen Eigenständigkeit würde unweigerlich die Preisgabe unserer politischen, nationalen Eigenständigkeit nach sich ziehen (und umgekehrt). Es ist also möglich, dass die Schweiz ihre Selbständigkeit verliert, ohne dass ein einziger feindlicher Soldat je unsere Grenzen bedroht. Vor dieser technisch-wirtschaftlichen Gefahr kann uns auch die beste Armee nicht bewahren.

2. Je nach der Art der europäischen Integration und je nach der Form unserer Beteiligung wird die Klammer der Gemeinsamkeit, die unsere drei hauptsächlich Landesteile zusammenhält, so stark gelockert, dass die natürliche Anziehungskraft der uns umgebenden grösseren Sprachgebiete unseren Bund sprengen könnte. Träte dieser Fall ein, würde unsere jetzige schweizerische Gemeinsamkeit in drei Provinzen unserer grösseren Nachbarn zerfallen; und aus einer Brücke zwischen drei Kulturgebieten würde das Territorium der heutigen Schweiz zur Dreiländerecke grosser, in sich geschlossener Sprachblöcke.

3. Die Ueberschwemmung mit ausländischen Druckerzeugnissen, Radio- und Fernsehprogrammen wird – besonders, wenn die Fernsehprogramme von Satelliten direkt in die Wohnstuben gestrahlt werden können – weiterhin gewaltig zunehmen. Nicht sogenannte fremde Gedanken, sondern die im Weltmassstab kommerzialisierte Gedankenlosigkeit wird uns schwer zu schaffen machen. Denn gegenseitige Verständigung, Information und Meinungs-austausch unter Schweizern über schweizerische Anliegen werden immer schwieriger. Schon jetzt dringen in unsere innenpolitischen Diskussionen Problemstellungen, die mit unserer Wirklichkeit nichts zu tun haben. Und schon heute gibt es Mitbürger, die über die Politik in ausländischen Hauptstädten viel besser Bescheid wissen als über die Politik in Bern. Das ist an sich keine Sünde wider den heiligen Geist des Vaterlandes, aber diese Entwicklung könnte einen Punkt erreichen, wo unsere demokratische Selbstverwaltung mangels informierter und engagierter Mitbürger einfach unmöglich wird.

4. Die ausserordentlich hohe Zahl ausländischer Bewohner dürfte sich wohl auf Jahrzehnte hinaus als die stärkste Belastung für die Schweiz herausstellen, wobei gleich beizufügen ist, dass eine radi-

kale Senkung dieser Zahl noch grössere Probleme schaffen würde. Wir stehen vor einer vollendeten Tatsache, die wir zwar beklagen, aber nicht mehr aus der Welt schaffen können. Im Rahmen unserer Ueberlegungen genügt die Feststellung, dass ein Staat, der innert weniger Jahre eine derart beispiellose Völkerwanderung zu verdauen hat, wirklich keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Er wird – das ist das mindeste, was gesagt werden kann – in 10 bis 20 Jahren etwas anderes sein, als er heute ist.

Diese unvollständigen Hinweise dürften ausreichen, um die Behauptung, die Schweiz sei keine Selbstverständlichkeit mehr, zu untermauern. Wir müssen uns und unseren jungen Gesprächs- und Denkp Partnern die Frage vorlegen: Was geschieht mit uns oder spätestens mit unseren Kindern, wenn uns das Experiment Schweiz verleidet oder wenn wir zu schwächlich sind, um es fortsetzen zu können? Gibt es einen Ausweg, der bequemer ist?

Die Fortsetzung des Experimentes Schweiz hängt vor allem vom politischen Willen der jungen Generation ab. Es ist darum notwendig, dass sie sich über die Auswirkungen ihres noch ausstehenden Entschlusses rechtzeitig klar wird. Wir nähern uns dem Punkt, da die offene Konfrontation mit der Frage nach Sein oder Nichtsein der Schweiz unvermeidlich wird. Die Berufung auf das Erbe der Väter überzeugt heute nicht mehr. Das Schicksal unserer Kinder aber zwingt zu einer klaren Antwort. Nicht nur in der Schule, sondern auch im Leben der Völker muss offenbar jede neue Generation das ABC wieder neu erlernen, obwohl es schon vor Urzeiten erfunden worden ist.

Existentielle Unsicherheit

Selbst wenn wir die Gefahr eines neuen grossen Krieges in Europa aus unseren Ueberlegungen ausklammern, scheint die Unsicherheit über die Zukunft unseres Landes durchaus berechtigt zu sein. Niemand weiss zurzeit, welche Gestalt Europa zwischen den beiden Supermächten annehmen wird; und niemand weiss, welchen Platz unser Land in diesem hypothetischen Europa dereinst einnehmen kann. Wir wissen nicht, ob in zehn, zwanzig Jahren die Schweiz noch ein souveräner Staat oder Glied eines europäischen Staatenbundes sein wird. Man wird zugeben müssen, dass in Friedenszeiten die existentielle Unsicherheit noch nie so gross war wie heute. Die Reaktion auf diesen unerfreulichen Zustand ist sehr unterschiedlich: die einen klammern sich verzweifelt an rein imaginäre Sicherheiten; andere rebellieren gegen die nirgends vorhandenen Verantwortlichen; viele erliegen einer düsteren Mutlosigkeit; und die grosse Mehrheit flüchtet in den betäubenden Geschäfts- und Freizeitbetrieb. Keine dieser an sich verständlichen Haltungen hilft uns aber weiter.

Den Unsicherheiten unserer Existenz stehen auch Sicherheiten gegenüber. Selbst dann, wenn unser Land einmal zu einem Kanton in einem europäischen Bund wird, hängt die Wohlfahrt dieses Kantons Schweiz schon jetzt, bis dann und nachher zuerst und vor allem von seiner Bevölkerung selbst ab. Wie auch immer das äussere Schicksal unseres Landes beschaffen sein mag: die Entscheidung darüber, ob die sprachlichen Bestandteile der Schweiz zu blossen provinziellen Randgebieten der uns umgebenden Nachbarn würden oder ob unser Land seine Eigenpersönlichkeit, sich selbst als politische, wirtschaftliche und geistige Potenz behaupten kann, hängt nur von uns selbst, von unserer Vitalität, von unserem Selbstvertrauen ab.

Reservat der Erholung und Folklore?

Würden unsere Landesteile zu provinziellen Anhängseln unserer mächtigeren Nachbarn, wäre es nicht nur um unsere politisch-ideellen Güter, sondern auch um den Wohlstand der Bevölkerung bald geschehen. Denn die menschlichen und materiellen Mittel würden von den stärkeren Kraftzentren angezogen und unserem Volkskörper entzogen. Unser Land verfügt über keinen anderen Reichtum als die Fähigkeiten seiner Bevölkerung. Die Schweiz würde – um es vielleicht etwas überspitzt auszudrücken – im europäischen Massstab das Schicksal teilen, das unseren Berggegenden im schweizerischen Massstab bereits beschieden ist: Reservate der Erholung und der Folklore, die völlig von den industriellen Kraftzentren abhängig sind und ihrer einheimischen Bevölkerung nur sehr begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten vermögen. Ein Volk der Rentner, Skilehrer, Hotelportiers und Kurdirektoren würde sich selber verlieren, weil es von seiner Jugend, die anderswo attraktivere Lebensmöglichkeiten fände, aufgegeben würde.

Falls uns das Experiment Schweiz verleidet, müssten wir uns mit einer derart entmutigenden Perspektive abfinden. Viele könnten auswandern, aber ein Volk kann nicht auswandern, es sei denn, dass es seine Geschichte abschliessen will. Ein Volk jedoch, das leben will, kann eine solche Perspektive nicht annehmen. Man muss sich auch ernsthaft fragen, ob eine solche Selbstaufgabe wirklich der Dienst wäre, den das künftige Europa von uns erwartet. Ganz allgemein wird man annehmen dürfen, dass eine Schweiz, die mit ihren Wachstumsschwierigkeiten selber fertig wird, für Europa nützlicher ist als eine der Stagnation verfallene Provinz. Auch kann nur eine prosperierende Schweiz ihren notwendigen Beitrag an die weltweite Zusammenarbeit, die Linderung von Hunger und Not leisten.

Ebenso wichtig dürfte die Ueberlegung sein, dass die Schweiz als Brücke zwischen drei grossen Kulturbereichen auch inskünftig eine Rolle zu spielen hat; ihr Verschwinden hätte zur gefährlichen Folge, dass diese Bereiche im Gebiet der heutigen Schweiz direkt zu-

sammenstossen würden. Das, was jetzt recht unscharf gezogene Sprachgrenzen zwischen oder gar innerhalb von Kantonen sind, würden zu Trennungslinien zwischen sprachlich-kulturellen Grossräumen. Die Zerlegung der Schweiz in ihre Bestandteile wäre für unsere Bevölkerung eine existentielle Katastrophe und für unsere nahen und fernen Nachbarn Ursache neuer Spannungen und Ungewissheiten. Die Liquidation der Schweiz brächte uns und den andern also nur Nachteile. Man muss die Dinge wirklich bis zu diesem Punkte durchdenken, um die Selbstbehauptung unseres Landes für uns und für die andern neu und als unausweichliche Aufgabe zu begreifen und sie mit letzter Entschlossenheit auch zu wollen.

Wie auch immer die äusseren Bedingungen für die Weiterexistenz der Schweiz sein werden: die Aufgabe bleibt sich in ihrem Kern gleich. Bei Strafe des Verlustes unserer gemeinsamen Wohlfahrt sind wir verpflichtet, unsere nationale Eigenständigkeit zu bewahren, sei es als voll souveräner Staat oder als Glied eines grösseren Gebildes.

Vom Wesen der Schweiz

Wir müssen Schweizer bleiben wollen, um als Europäer oder gar Weltbürger unseren vollwertigen Beitrag an das grössere Ganze leisten zu können. Heisst das, dass die Schweiz mit all ihren Eigenarten so bleiben muss, wie sie ist? Das ist unmöglich, denn sie ist schon heute anders als gestern, und morgen wird sie anders sein als heute. Was also macht die Schweiz eigentlich aus? Welches sind vorübergehende, wandelbare, welches unverlierbare Eigenschaften? Die Zusammensetzung unserer Bevölkerung und damit Sitten und Gebräuche sowie die Sprache werden sich ändern; die religiösen Auffassungen sind in voller Gärung; der Lebensstil gleicht sich unweigerlich dem europäischen Durchschnitt an. Machen diese Eigenschaften aber wirklich den Inhalt unserer nationalen Existenz aus oder sind sie nur ihre wandelbaren Erscheinungsformen? Ihr unverlierbares Wesen besteht doch wohl darin, dass wir unser Schicksal selbst, d. h. demokratisch unter Einbeziehung aller hier lebenden Völkerstämme, gestalten wollen. Die Instrumente, die wir dazu benötigen, sind wandelbar. Das Ziel aber, die uns gemässe Lebensform selbständig neu zu finden, bleibt. Das, so scheint mir, ist Inhalt und Sinn der schweizerischen Selbstbehauptung. Diese Aufgabenstellung ist alles andere als altväterisch. Sie ist auch morgen und übermorgen modern, weil bisher keine andere Staats- und Gesellschaftsform erdacht, geschweige denn erprobt worden ist, die dem Idealbild des mündigen Menschen besser gerecht würde; sie bleibt modern, weil sie den veränderlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen rascher und differenzierter Rechnung zu tragen vermag als eine zentralisierte Grossraumbürokratie. Es wäre ein tragisches Missverständnis, ein durchaus brauchbares Muster politischer Selbstverwaltung auf den

Misthaufen der Geschichte werfen zu wollen, solange andere Völker noch auf der Suche nach einem solchen sind.

Die Schweiz, die wir erhalten, verteidigen wollen, ist deshalb nicht ein anachronistisches, dem Untergang geweihtes Gebilde, kein Museum, sondern eine täglich neue Aufgabe.

Ueber die ungefähre Grössenordnung dieser Aufgabe macht man sich im allgemeinen jedoch noch keine richtigen und präzisen Vorstellungen. Nichts wäre irriger als die Annahme, das gebe sich irgendwie von selbst. Die Kosten für unser eventuelles Versagen wurden bereits genannt: Absinken in provinzielle Stagnation und Zerfall der nationalen Einheit; alle Bewohner dieses Landes würden davon ganz persönlich betroffen, die Wohlhabenden am wenigsten, die Lohnbezüger am meisten. Es geht also nicht um abstrakte Güter oder Privilegien irgendwelcher unsympathischer Leute, sondern um das Leben von uns allen. Der künftige soziale Fortschritt unserer Bevölkerung hängt nämlich vom Platz ab, den sich die Schweiz in Europa und in der Welt sichern kann. Und umgekehrt hängt der nationale Zusammenhalt unserer in jeder Beziehung so vielfältigen Bevölkerung auch von unserer Fähigkeit ab, die unvermeidlichen sozialen Konflikte so auszutragen, dass bei keiner der gegnerischen Gruppen das Bewusstsein, einem gemeinsamen Ziel verpflichtet zu sein, verlorenght. Bei aller notwendigen Härte der innenpolitischen und sozialen Auseinandersetzungen – sie sind integrierender Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft – ist doch dafür Sorge zu tragen, dass das Boot, in dem wir zusammen mit allen unseren respektiven Gegnern sitzen, nicht kentert. Denn die Schadenfreude darüber, dass dabei auch unsere Gegner ins Wasser fallen, wäre nur ein schwacher Trost für unser eigenes Missgeschick.

Das Ringen um das nationale Ueberleben ist somit zum weitaus wichtigsten Problem der Politik geworden, dem alle Teilprobleme untergeordnet werden sollten. Die Selbstbehauptung ist das entscheidende Kriterium guter oder schlechter Politik, doch haben noch lange nicht alle Politiker davon Kenntnis genommen.

Selbstbehauptung ist sowohl eine zivile als auch eine militärische Aufgabe. Ein Versagen im technisch-wirtschaftlichen Wettlauf mit den Nachbarn kann uns ebenso unsere Selbständigkeit kosten wie eine militärische Niederlage. Die Aufteilung der Mittel muss folglich von der langfristigen Beurteilung der Lage abhängen. Je härter der technisch-wirtschaftliche Existenzkampf wird, desto mehr Mittel müssen auf diesem Sektor der Selbstbehauptung eingesetzt werden, da uns keine Rüstung davor bewahren könnte, wirtschaftlich aus dem Rennen geworfen zu werden.

Landesverteidigung als Beitrag zum Frieden

Umgekehrt bleibt die militärische Landesverteidigung aber auch unter der angenommenen Voraussetzung einer langen Friedensperi-

ode eine absolute Notwendigkeit. Die Sicherheit des persönlichen und des nationalen Lebens wie auch die Gewährleistung der nationalen oder internationalen Rechtsordnung erfordern das Vorhandensein angemessener Machtmittel.

Es ist paradox, aber wahr: Unsere Armee muss schiessen können, damit sie nicht schiessen muss. Wie in der Vergangenheit beurteilen nahe und ferne Nachbarn den Faktor Schweiz nach ihrer Fähigkeit, ihr Territorium gegen die Benützung durch andere Mächte aus eigener Kraft zu schützen. Schwindet diese Fähigkeit, gerät die Schweiz zwangsläufig unter die Fittiche einer Grossmacht oder sie wird von Anfang an Zankapfel verschiedener Mächte. Bei der gegenwärtigen militärpolitischen Lage in Europa stellt die Schweiz für beide Pakt-systeme geographisch ein potentiell Risiko dar: für den Warschauer-pakt, dass sie als Brücke zwischen der Mittel- und der Südgruppe der Nato benützt wird; und für die Nato, dass sie dem Warschauer-pakt zusammen mit Oesterreich als Flugschneise oder Einfalltor dienen könnte. Die permanente, aber – solange sie erfolgreich gelöst wird – unsichtbare und deshalb unheroische Aufgabe unserer Armee besteht folglich darin, für beide Seiten dieses Risiko möglichst zu vermindern. Die Abschaffung unserer Armee würde beide Seiten zwingen, die Schweiz in ihrer strategischen Planung als Risiko auszuschalten, so dass sie im Falle einer erhöhten Spannung – beispielsweise bei einem sowjetischen Durchmarsch durch Oesterreich gegen Jugoslawien – sofort akut bedroht wäre.

Ganz allgemein wird man sagen dürfen, dass jede Veränderung im militärischen Kräftefeld allseits Unruhe und zumindest vorbereitende Ausgleichs- und Gegenmassnahmen auslöst. Der Verzicht auf unsere Verteidigung wäre unter den gegenwärtigen Umständen kein Beitrag zum Frieden, sondern Anlass zu gefährlichen Spekulationen und sichernden Vorkehrungen. Die vitale Funktion unserer Armee besteht deshalb auch im tiefsten Frieden darin, den nahen und fernen Nachbarn die Unverletzlichkeit unseres Territoriums nach besten Kräften zu garantieren. Das ist auch ihr wesentlicher Beitrag an die Stabilität in diesem Teil Europas und damit an die allgemeine Sicherheit. Er kann nur geleistet werden, wenn unsere Verteidigungsbereitschaft glaubwürdig bleibt. Die ständige, notwendige, aber gewissermassen unmessbare Aufgabe der Armee besteht eben darin, da zu sein, um nicht schiessen zu müssen. Wir brauchen sie also auch dann, wenn uns überhaupt niemand an die Gurgel springen möchte.

Wird das auch in Zukunft so bleiben? Wir wissen zurzeit nicht, wann und in welcher Form unser Land zu einem integrierenden Bestandteil eines europäischen Bundes werden kann. Wie immer auch die Entscheidung einst lauten mag: Entweder bleibt die Schweiz ein voll souveräner Staat – dann braucht sie ihre Armee, um eben souverän bleiben zu können; oder sie wird Glied eines wirklich geeinten

Europas – dann wird sie ihren Beitrag an die gemeinsame Sicherheit zu leisten haben, wobei sich vermutlich noch niemand recht vorstellen kann, wo und wie diese europäische Sicherheit ohne entmündigende Schirmherrschaft der Supermächte zu verankern wäre. Jedenfalls würde ein Abbau des Gleichgewichts des Schreckens, dem Europa die relative Stabilität der letzten Jahrzehnte zu verdanken hat, die europäischen Verteidigungsanstrengungen – und damit auch unsere Armee – ganz gewaltig aufwerten. Ein Verzicht auf nationale oder dann eben supranationale Machtmittel kommt also nicht in Frage, es sei denn, man sehne sich nach einer neuen Aera des Faustrechtes.

Somit kommt auch in militärischer Beziehung selbst im Hinblick auf das vorläufig noch recht utopische Ziel eines geeinten Europas die Preisgabe der Selbstbehauptung nicht in Betracht. Wie im zivilen Bereich der Platz, den die Schweiz in der europäischen oder gar universalen Völkergemeinschaft einnehmen kann, von ihrer technisch-wirtschaftlichen Potenz und ihrer politischen Geschlossenheit abhängt, so hängt er auch im militärischen Bereich von ihrer entsprechenden Mitgift ab. Umgekehrt trägt jeder Dienst, den die Schweiz der Völkergemeinschaft leisten kann, zur Stärkung ihrer internationalen Position bei. Gerade in diesem Bereich dürften noch ungenützte Möglichkeiten vorhanden sein.

Nur als Demokratie lebensfähig

Damit, so sollte man meinen, steht die zu lösende Aufgabe klar, gebieterisch und riesengross vor unserer Bevölkerung, vor unserer jungen Generation, vor den Parteien und Behörden. Die äusseren Bedingungen mögen und werden sich ändern, ihr Wesen bleibt sich immer gleich: aus eigener Verantwortung unserer Bevölkerung ein Höchstmass an Geborgenheit, Sicherheit und Wohlfahrt zu gewährleisten.

Das bedingt eine freiheitliche, demokratische Ordnung. Denn bei aller Unvollkommenheit, mit der wir von unseren demokratischen Mitteln Gebrauch machen, ist bis jetzt kein politisches System bekannt, das grössere Möglichkeiten der Mitsprache und der Mitbestimmung bietet. Man kann dieses System sicherlich nicht verbessern, indem man es zunächst einmal zerstört. Die notwendige Verteidigung der demokratischen Spielregeln wird heutzutage allerdings wissentlich oder unwissentlich oft mit Erstarrung verwechselt. Das Festhalten an der Demokratie bedeutet indessen nicht Ablehnung des Wandels und der Neuerung; sie bedeutet lediglich, dass Wandel und Neuerung mit demokratischen Mitteln, d. h. in Uebereinstimmung mit Verfassung und Gesetz, angestrebt und durchgesetzt werden müssen. Jede Abweichung von der Rechtsstaatlichkeit ist ein Schritt zur Anarchie und damit zu irgendeiner Willkürherrschaft.

Demokratie ist gewiss keine Garantie gegen Unrecht aller Art; doch bietet sie die Mittel, es zu bekämpfen. Seit einiger Zeit ist es wieder einmal Mode geworden, unsere Demokratie zur Scheindemokratie, zur Formaldemokratie, zur simulierten Demokratie abzuwerten, so dass der verhängnisvolle Eindruck entsteht, wir hätten in dieser Hinsicht eigentlich nichts mehr als bestenfalls eine Illusion zu verlieren. Im Flugblatt, das kürzlich zu einer «Volkskundgebung gegen die polizeiliche Unterdrückung» in Bern aufrief, gipfelte die Entstellung der Wahrheit im lapidaren Satz: «Die demokratischen Freiheiten sind in unserem Lande nicht mehr vorhanden.» Es scheint indessen den Veranstaltern solcher Aufmärsche nicht aufzufallen, dass allein schon die ungestörte Durchführung dieser Kundgebung wie auch die Verteilung des Flugblattes ihre Behauptung völlig widerlegen. So wird – bewusst oder unbewusst – der Zerstörung der Demokratie Vorschub geleistet. Noch ist nirgends, wo solche Schlagworte Gehör fanden, eine bessere, vollkommene Demokratie entstanden; dafür kam es in solchen Ländern zu Diktaturen, die weder bloss formal noch scheinbar oder nur simuliert waren oder sind.

Freilich, Demokratie verbürgt weder einen Idealzustand – den es ohnehin nicht gibt – noch ist sie ein Uebelstand, denn sie ist überhaupt kein Zustand. Sie ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein politisches, selbst reformfähiges Instrumentarium, das gestattet, die gesellschaftlichen Konflikte ohne Zerstörung der Gesellschaft auszutragen. Die Demokratie ist eine Chance, die man nur dann gut oder schlecht ausnützen kann, wenn man sie hat. Da die Schweiz nur als Demokratie lebensfähig ist, ist die bewusste Verteidigung des in Verfassung und Gesetz umschriebenen demokratischen Instrumentariums integrierender Bestandteil der Selbstbehauptung.

Die grosse Aufgabe

Es fehle uns an grossen, begeisternden Aufgaben, wird manchmal gesagt. Ich kann mir keine grössere, keine dankbarere Aufgabe als den Kampf um unsere Selbstbehauptung vorstellen. Falls wir scheitern sollten, ist uns die Strafe bekannt. Nicht von den Sternen, sondern von unseren zielbewussten Anstrengungen hängt der Ausgang des durchaus noch offenen Ringens ab. Und niemand darf sagen, auf ihn komme es nicht an. Der Schüler und der Regierungsmann, die Krankenschwester und der Korporal, der Parteifunktionär und der Konstrukteur – wir alle ohne Ausnahme müssen wissen, dass unsere Bemühungen den tiefen Sinn haben, gemeinsam dafür zu sorgen, dass das Leben in diesem Lande lebenswert bleibt. In vergangenen Zeiten musste man auch in der Schweiz gegen den Hunger kämpfen. Man musste gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen. Heute müs-

sen wir lernen, dass auch in einer Zeit relativen Wohlstandes Kampf nötig ist.

Wenn jedermann gründlicher darüber nachzudenken beginnt, was er selbst dazu beitragen kann, anstatt darüber zu schimpfen, was andere nicht tun, befinden wir uns auf dem richtigen Weg. Unser Volk ist nicht besser, aber auch nicht schlechter als andere Völker. Sein Recht auf Weiterexistenz ist so unantastbar wie dasjenige der anderen. Im unbeugsamen Willen, auch morgen und übermorgen da zu sein, findet es seine sicherste Verankerung.

In dem Masse, da die Einsicht zunimmt, was für alle von uns, namentlich aber natürlich für die Jungen, auf dem Spiele steht, wachsen die Chancen unserer Selbstbehauptung. Diese Einsicht ist das einzig dauernd wirksame Serum gegen Schwächeanfalle aller Art. Die bewusste, völlig unpathetische Bejahung der Schweiz, d. h. des elementaren Lebensrechtes unseres Volkes, bildet die einzige solide Grundlage für die Abwehr aller möglichen importierten Modeströmungen, die ihm oft zuwiderlaufen oder wenigstens von den Aufgaben, die uns gestellt sind, ablenken. Ein gesunder Körper wird mit Infektionen gewissermassen von selbst fertig. Ein geschwächter oder gar kranker Körper jedoch wird, auch wenn er sorgsam gegen jede Zugluft geschützt wird, der erstbesten Grippe erliegen. Wir sollten unsere Anstrengungen deshalb nicht so sehr der Fernhaltung von Zugluft, als der Abhärtung gegen Zugluft, der erfolgreichen Bewältigung der uns gestellten Aufgaben widmen. Das, meine ich, wäre eine «geistige Landesverteidigung», die nicht Vergangenes verteidigt, sondern unsere Zukunft gestaltet. Doch in dieser Beziehung stehen wir zurzeit bestenfalls im Begriffe, zu erkennen, was notwendig wäre; wir haben aber noch nicht recht begonnen, das Notwendige auch zu tun.

Was hier als notwendige Doktrin der Selbstbehauptung skizziert wurde, sollte in allernächster Zeit zu einem umfassenden Programm für die nächsten Jahrzehnte ausgebaut werden, ein Programm, das über die gegenwärtigen Diskussionen über die Totalrevision der Bundesverfassung hinausweist. In der Auseinandersetzung um ein solches Programm, an der jedermann mitwirken kann, entsteht die Schweiz von morgen. Es wird zum Sammelpunkt derjenigen, welche diese Schweiz wollen.

Keine Behörde kann uns diese Aufgabe abnehmen, denn wir alle sind dieser Staat. Sie lautet: Bis in zwei, drei Jahrzehnten für vielleicht etwa 10 Millionen Menschen Wohlstand, soziale Sicherheit, kulturelle Entfaltung, die menschlichen Grundrechte und somit auch das Selbstbestimmungsrecht der ganzen Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Weltereignisse können unsere eigenen Bemühungen begünstigen oder erschweren. Sie dürfen jedoch nicht zum Vorwand dienen, die Gestaltung unserer Zukunft aus der Hand zu geben. Es geht

darum, mit Blick auf die kommenden, statt auf die vergangenen Jahrzehnte die Arbeit an die Hand zu nehmen.

Entweder nehmen wir diese Bürde auf uns oder wir müssen eher früher als später die Kosten für unser Versagen begleichen. Es geht nicht um die Verteidigung der Schweiz von gestern, sondern um die Chance, sie ständig neu gestalten zu können. Davon hängt die Fortsetzung des bald 700jährigen Abenteuers Schweiz ab.

Ulrich Kägi, Zürich

Oesterreichs Arbeiterkammern

Am 21. und 22. September 1969 finden im gesamten österreichischen Bundesgebiet die Wahlen in die Organe der Kammern für Arbeiter und Angestellte (im folgenden kurz Arbeiterkammern genannt) statt. Nach den allgemeinen Parlamentswahlen und der Wahl des Bundespräsidenten weisen die Arbeiterkammerwahlen die grösste Zahl von Wahlberechtigten auf. Bei den Arbeiterkammerwahlen im Herbst werden 1,8 Millionen österreichische Arbeitnehmer wahlberechtigt sein. Das Wahlrecht besitzen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit alle arbeiterkammerzugehörigen Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und in Oesterreich mindestens ein Jahr lang in einem die Zugehörigkeit zur Arbeiterkammer begründenden Dienstverhältnis beschäftigt waren. Wahlberechtigt sind auch Personen, die ohne Lösung ihres Dienstverhältnisses im Bundesheer Präsenzdienst leisten, Frauen, die sich im Karenzurlaub auf Grund des Mutterschutzgesetzes befinden, und Arbeitslose, die noch nicht länger als 20 Wochen beschäftigungslos sind. Kraft der grossen Wählerzahl und auch ihrer Bedeutung kann man die Entscheidungsorgane ohne Uebertreibung als Parlament der österreichischen Arbeitnehmer bezeichnen. Das passive Wahlrecht bei den Arbeiterkammerwahlen besitzen alle Kammerzugehörigen nach Vollendung des 24. Lebensjahres.

Den diesjährigen Arbeiterkammerwahlen wird ganz besonderes Interesse entgegengebracht, findet doch spätestens ein halbes Jahr danach die nächste österreichische Parlamentswahl statt. Wie in den Gewerkschaften sind auf Grund der Wahlgänge auch in den Arbeiterkammern die Sozialisten die stark dominierende Kraft. Bei der letzten Arbeiterkammerwahl, die am 27. und 28. September 1964 stattfand, bekamen in ganz Oesterreich bei einer Wahlbeteiligung von 64,9 Prozent die Sozialisten 66,4 Prozent aller Stimmen und 555 Mandate, die Oesterreichische Volkspartei 21,4 Prozent der Stimmen und 180 Mandate, die Kommunisten 6,7 Prozent der Stimmen und 37 Mandate, die Freiheitliche Partei 3,6 Prozent der Stimmen und